
Andreas Drinkuth

Das IG Metall-Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“ - Eine Zwischenbilanz

Andreas Drinkuth, geb. 1944 in Königsberg/Ostpreußen, Maschinenschlosser, Wirtschaftsingenieur (TU Berlin), Leiter der Abteilung Automation/Technologie beim Vorstand der IG Metall.

Vor knapp zwei Jahren hat die IG Metall ein Aktionsprogramm „Arbeit und Technik: Der Mensch muß bleiben!“¹ erarbeitet. Ausgangspunkt und Grundlage dieses Aktionsprogramms war eine bundesweite Bestandsaufnahme über

¹ Aktionsprogramm: Arbeit und Technik „Der Mensch muß bleiben“, Herausgeber: Vorstand der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, November 1984.

das Ausmaß der Rationalisierungen in der deutschen Metallwirtschaft,² bei der die IG Metall in den Jahren 1982/83 Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute in mehr als 1100 Betrieben befragte. Die Befunde ließen eine breite Rationalisierungswelle erkennen, von der die befragten Arbeitnehmer in hohem Maße erfaßt worden waren. Sie machten zugleich Defizite gewerkschaftlicher Betriebspolitik deutlich.

So wurde festgestellt, daß die bislang maßgeblichen Träger des betrieblichen Rationalisierungsschutzes und der Arbeitsgestaltung in den Betrieben - die Betriebsräte - ihre Aufgaben nicht mehr hinreichend bewältigen können. Die Unterstützung für die betrieblichen Funktionäre seitens der Verwaltungsstellen reicht oft nicht aus. Hauptamtliche Funktionäre sind ungenügend auf Fragen des Rationalisierungsschutzes vorbereitet. Die bisherigen Lösungsstrategien, wie z. B. die Erarbeitung von Informationsmaterial, das Anbieten von mehr Betriebsräteschulungen, die Einbeziehung externer Experten für die Entwicklung betrieblicher Lösungsstrategien, greifen häufig zu kurz. Vorhandene rechtliche Instrumente (Betriebsverfassungsgesetz und Tarifvertrag) werden unzureichend zur Gestaltung von Arbeit und Technik genutzt.

Mit einer oftmals von den betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretern praktizierten „Stellvertreterpolitik“, die die Arbeitnehmer „vor Ort“ nicht einbezieht, läßt sich der Konflikt um die neuen Techniken auf breiter Ebene nicht lösen. Die beste Betriebsvereinbarung z.B. über Personalinformationssysteme wird nicht lange halten, wenn sie nur am grünen Tisch ausgehandelt worden ist und nicht Bestandteil betrieblicher Praxis wird. Noch immer wird der Sachverstand der betroffenen Arbeitnehmer sowie der in der IG Metall organisierten Techniker, Naturwissenschaftler und Ingenieure zu wenig genutzt. Auch werden die gewerkschaftlichen Schutz- und Gestaltungsziele zu wenig durch solidarische Aktionen von Belegschaften unterstützt.

Ergebnis dieser kritischen Bestandsaufnahme war das Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“, das der Vorstand der IG Metall im November 1984 beschloß. Damit soll der Prozeß der technisch-organisatorischen Veränderungen, der gegenwärtig in den Betrieben der Metallindustrie stattfindet, im Interesse der Arbeitnehmer beeinflußt werden. Das Aktionsprogramm beschreibt die Gestaltungsinhalte und die Umsetzungsschritte.

Ausgangspunkt für Gestaltungsaktionen ist der Betrieb. Dort findet Rationalisierung statt. Im Betrieb spüren die Arbeitnehmer als erstes die Folgen von technisch-organisatorischen Maßnahmen, die sich in anderen Tätigkeitsinhalten und damit Qualifikationsanforderungen niederschlagen. Geistig-nervliche Belastungen nehmen zu. Die Rationalisierung vernichtet Arbeitsplätze, wenn nicht gleichzeitig durch Arbeitsgestaltung, Arbeitszeitverkürzung und qualitatives Wachstum, verbunden mit einer gezielten Strukturpolitik, gegengesteuert wird. Nicht für alle Fragen lassen sich auf der betriebli-

2 „Maschinen wollen sie - uns Menschen nicht“, Rationalisierung in der Metallwirtschaft, eine Bestandsaufnahme des Vorstandes der IG Metall, Abt. Automation/Technologie, Kurzfassung Herausgeber: Vorstand der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Oktober 1983.

chen Ebene Antworten finden. Dennoch bleibt der Betrieb Bezugspunkt gewerkschaftlicher Politik, da nur dort genügend Problemdruck entfaltet werden kann. In einem nächsten Schritt können dann die tariflichen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen an die neuen technisch-organisatorischen Strukturen angepaßt werden. Letztlich können nur im Betrieb durch das Aufzeigen konkreter Alternativen weitverbreitete Ohnmachtsgefühle der Arbeitnehmer gegenüber der neuen Technik überwunden werden.

Das Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“ befaßt sich jedoch nicht nur mit „neuen Techniken“. Hunderttausende von Arbeitnehmern in der Metallindustrie arbeiten noch immer unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen — seien es gesundheitsbelastende Arbeitsplätze in Gießereien oder einseitig beanspruchende Arbeitsplätze in der Montage. Auch für die Kollegen, die von diesen „Altlasten“ betroffen sind, müssen Antworten gefunden und in die Praxis umgesetzt werden.

Eine solche Politik zur täglichen Praxis in den Betrieben zu machen ist schwierig. Die entsprechende Nagelprobe, in dieser Frage vom Anspruch zur Wirklichkeit zu gelangen, hat für die IG Metall erst begonnen. Die Probleme des technischen Wandels und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen betreffen nicht nur Arbeitnehmer in 10 oder 100 Betrieben der deutschen Metallwirtschaft; eigentlich gibt es keinen Betrieb, der vom Gestaltungsanspruch des Aktionsprogramms ausgeklammert werden könnte. Das sind alleine im Organisationsbereich der IG Metall weit über 10000 Betriebe.

Soll das Aktionsprogramm sein Ziel erreichen, muß eine „flächendeckende Gestaltungsbewegung“ in den Betrieben der Metallwirtschaft organisiert werden, die es bisher nicht gibt. Dahinter verbirgt sich ein strukturelles Problem, das ansatzweise erst durch die Befragung zum Vorschein gekommen ist. Eine qualitative Analyse macht diesbezüglich einige der bestehenden Schwierigkeiten deutlich. So erfordert die Umsetzung des Aktionsprogramms „Arbeit und Technik“ eine systematische mittel- bis langfristig angelegte betriebsbezogene Gewerkschaftsarbeit in diesem Bereich. Die vorhandenen - oft über Jahrzehnte eingespielten und bewährten Strukturen - müssen an die neuen Erfordernisse angepaßt und entsprechend verändert werden. Neue Gestaltungsaufgaben müssen aktiv aufgegriffen und dürfen nicht verdrängt werden. Die Kollegen in den Betrieben sollen künftig in die Lage versetzt werden, aus ihrer prinzipiellen Zustimmung für die „sozialverträgliche Arbeits- und Technikgestaltung“ betriebliches Handeln abzuleiten. Bislang wird in der betrieblichen Praxis dagegen häufig nicht einmal der Informations- und Beratungsanspruch aus dem Betriebsverfassungsgesetz genutzt. Dort aber, wo die vorhandenen Rechte genutzt werden und darüber hinaus der Gestaltungsanspruch politisch vertreten wird, kommt es häufig zu Konflikten mit den Geschäftsleitungen, teilweise auch in den Betriebsräten, Vertrauensleutekörpern und Belegschaften. Eine solche Konsequenz wird von vielen noch nicht verstanden und akzeptiert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß mit dem sozialverträglichen Gestaltungsansatz von „Arbeit und Technik“ Inhalt, Form und Um-

fang von Investitionsentscheidungen beeinflusst werden sollen. Das ist für viele Funktionäre, aber auch für Unternehmensleitungen weitgehend Neuland. Manchmal wird daher die Gestaltung von Arbeit und Technik als Gegensatz zu einer „politischen Gewerkschaftsarbeit“ verstanden. Das mag daran liegen, daß sie zum Teil an Einzelphänomenen, wie z. B. an bestimmten Techniken (CAD, Bildschirmergonomie, CNC-Werkzeugmaschinen usw.) ansetzen muß, was eine intensive Beschäftigung mit der Materie voraussetzt. Der politische Charakter dieses Prozesses und seine Verzahnung mit übergreifenden Problemen, wie z. B. die darin steckende Nutzung des Produktivitätsfortschritts oder die Arbeitsmarktproblematik, wird offensichtlich nicht genügend deutlich. Der „Arbeit im kleinen“ wird noch immer vielfach der Bezug zu einem übergreifenden gewerkschaftlichen Konzept „Gesellschaft der Zukunft“ abgesprochen.

Schaut man sich das Aktionsprogramm auch unter diesen Bedingungen genauer an, dann wird jedoch ersichtlich, daß der politische Bezug dort sehr deutlich verankert ist. Allerdings ist das Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“ kein „Verkündungsprogramm“. Es ist ein mittelfristig angelegtes Strukturprogramm, mit dem die IG Metall systematisch die bisher festgestellten Defizite angehen und bewältigen will.

Zwei Jahre nach Verabschiedung des Aktionsprogramms ist die Resonanz in der Organisation überwiegend positiv. Funktionäre und Belegschaften spüren, daß die IG Metall eine Antwort auf die sie bedrückenden Fragen hat. Sie sagen: „Ja - genau das brauchen wir! Aber - warum kommt die IG Metall erst jetzt damit?“ Es ist allerdings fast müßig zu sagen, daß die IG Metall nicht erst mit dem Aktionsprogramm die menschengerechte Gestaltung von Arbeit und Technik entdeckt hat. Nicht nur ihre Automationstagungen in den sechziger und siebziger Jahren, sondern auch die vielfältigen Aktivitäten der Abteilung Automation und Technologie sowie anderer Abteilungen, Bezirksleitungen oder Verwaltungsstellen weisen in diese Richtung.

Das hat jedoch offensichtlich nicht genügt, wie die Analyse gezeigt hat. Einerseits war sicher der Problemdruck durch die neuen Techniken damals nicht so stark wie heute, andererseits läßt sich die betriebsbezogene Umsetzung des Aktionsprogramms nicht zentral lösen durch Tagungen, Schulungen oder „eingeflogene“ Berater für Betriebsräte. Notwendig ist vielmehr ein Zusammenspiel von zentralen Hilfestellungen und betrieblichen Aktivitäten „vor Ort“. Dazu bedarf es der gesamten Organisation: Haupt- und ehrenamtliche Funktionäre sind gleichermaßen gefordert. Sie müssen Gestaltungs-kompetenz erwerben, sich die Fähigkeiten aneignen, den Handlungs- und Gestaltungsbedarf in den Betrieben zu erkennen und zu analysieren. Vor allem jedoch bedarf es der politischen Bereitschaft, bei den Funktionären der IG Metall, den Gestaltungsanspruch, wie er im Aktionsprogramm formuliert worden ist, politisch anzupacken. „Die ganze Organisation ist gefordert!“ - ist daher eine Kernaussage aus dem Aktionsprogramm. Dazu muß man sie allerdings in den Stand setzen. Doch wie lassen sich die Handlungsbedingungen in der ge-

werkschaftlichen Betriebspolitik für dieses Ziel verbessern? Wege dazu sind im Aktionsprogramm aufgezeigt: „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist der Prozeß, der dazu organisiert werden muß. Konzepte, Aktionsmappen und andere Handlungshilfen sind entwickelt worden. Eine Vielzahl von Schulungsmaßnahmen für haupt- und ehrenamtliche Funktionäre haben stattgefunden bzw. sind eingeleitet. Eine Reihe erfolgreich durchgesetzter Gestaltungslösungen machen Mut.

Doch nur *mit* den Beschäftigten läßt sich der Gestaltungsanspruch durchsetzen. Nicht umsonst heißt es deshalb weiter im Aktionsprogramm: „Die Gestaltung von Arbeit und Technik politisch durchsetzen!“ Dementsprechend muß allen Beteiligten deutlich werden, daß menschengerechte Arbeit und Technik nur dann durchgesetzt werden kann, wenn „die Arbeitnehmer mit dafür eintreten,... daß Rationalisierungsmaßnahmen, die gegen die Forderungen und Interessen von Arbeitnehmern und Betriebsräten durchgesetzt werden, nicht von ihnen akzeptiert werden und deshalb entweder scheitern oder nur begrenzt effektiv sind.“

Trotzdem: Das Aktionsprogramm ist noch nicht betriebliche Realität! Die IG Metall steht gegenwärtig an der Schwelle von der Absicht zur Tat. Die nächsten drei Jahre werden darüber entscheiden, ob der im Aktionsprogramm formulierte Anspruch „Der Mensch muß bleiben!“ eine Chance hat, betriebliche Wirklichkeit zu werden.

Der Vorstand der IG Metall hat mit seiner EntschlieÙung 10 „Rationalisierung und Technischer Wandel“ zum 15. Ordentlichen Gewerkschaftstag noch einmal die Richtung markiert, in die sich die IG Metall künftig begeben wird. Sowohl die EntschlieÙung 10, aber auch die EntschlieÙung 12: „Tarif politik“ machen außerdem deutlich, daß der betriebsbezogene Ansatz des Aktionsprogramms nur ein erster Schritt gewerkschaftlicher Gestaltungspolitik sein kann. Das Aktionsprogramm soll seine tarifpolitische Ergänzung erhalten: „Der Wandel von Technik und Arbeitsorganisation ermöglicht und erfordert darüber hinaus eine gewerkschaftliche Offensive für eine arbeitsorientierte Gestaltung von Technik und Arbeit. Dazu hat das Aktionsprogramm ‚Arbeit und Technik‘ Grundlagen geschaffen. Durch Tarifpolitik müssen betriebspolitische Fortschritte auf die Dauer auch in Formen geänderter tariflicher Regelungen auf der Grundlage dieser EntschlieÙung abgesichert und verbreitert werden. Für entsprechende regionale und bundesweite tarifpolitische Aktivitäten sind Schwerpunkte und Durchsetzungskonzepte zu erarbeiten“, so heißt es in der EntschlieÙung 12, und in der EntschlieÙung 10 ist ausgeführt: „Der mit dem Aktionsprogramm ‚Arbeit und Technik‘ verfolgte betriebspolitische Ansatz ist mit einer aktiven Tarifpolitik der IG Metall zu verknüpfen. Dazu wird ein Konzept erarbeitet.“

Ein solches Konzept kann nicht am grünen Tisch entwickelt und durchgesetzt werden. Dazu bedarf es der mit dem Aktionsprogramm angestrebten praktischen Gestaltungserfahrungen und -erfolge von Mitgliedern und Funk-

tionären. Die Grundlagen für diesen Schwerpunkt zukünftiger Tarifpolitik müssen also bereits jetzt in den Betrieben erkämpft werden.

Folgt der Gewerkschaftstag diesen Vorstandsbeschlüssen in den Entschlüssen 10 und 12, dann zeichnet das allerdings den Weg vor, über den im Aktionsprogramm beschriebenen betriebsbezogenen Rahmen hinaus einen weiteren tarifpolitisch notwendigen Eckpfeiler neben der Arbeitszeitverkürzung zu setzen und die sozialverträgliche Gestaltung von Arbeit und Technik in Tarifverträgen zu verankern.